№ 278. Freitag den 27. November 1846.



des Großherzogthums Posen.

Druck und Verlag der Hof=Buchdruckerei von W. Decker & Comp. Verantwortlicher Redakteur: G. Müller.

Inland.

Berlin den 25. Nov. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Dem Oberst-Lieutenant a. D. Mollard und dem Major a. D. Mogilowski den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; so wie dem Aufwärter und Portier beim Kadettenhause zu Potsdam, Martin Kühle, das Allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen; und die Regierungsräthe von Werdeck und von Werder zu Geheimen Referendarien des Staatsrathes und zu Geheimen Regierungsräthen mit dem Range der Räthe dritter Klasse zu ernennen.

Ihre Königl. Hoheit die Großherzogin von Mecklenburg-Strelitz ist, von Wien kommend, nach Neu-Strelitz hier durchgereist.

Berlin. — Aus einem Berichte des hiesigen Handelsblattes entnehmen wir Folgendes:

„Wenn das ehemalige freistaatliche Gebiet sammt der Stadt Krakau nicht in die Oesterreichische Zolllinie geschlossen wird, sondern in ähnlicher Art wie Brody zollfrei bleibt, so werden sich die Handelsbeziehungen Breslau's zu Krakau unverändert erhalten, ja durch die zu erwartende Verbesserung der Rechtsverhältnisse in Krakau, eher günstiger gestalten. Erfolgt aber die Einschließung in die Zolllinie, dann geht das sehr beträchtliche Krakauer Geschäft und damit ziemlich der letzte Rest des ehemals so lebhaften Transitoverkehrs unserem Orte verloren. Wir würden es für eine große Nichtbeachtung der diesseitigen Handelsinteressen halten müssen, wenn von den hohen Behörden unseres Staates die Zollfreiheit Krakau's nicht zur Bedingung der Einwilligung in die Besitz-Ergreifung dieses Gebietes von Oesterreich gemacht worden wäre. Wenn wir demnach auch glauben möchten, daß Krakau zollfrei bleiben wird, so kann man doch den Worten der Oesterreichischen Proklamation vom 16ten d. eine dieser Hoffnung widersprechende Auslegung geben. „Krakau wird von der Krone Oesterreich besessen werden, wie es vor 1809 von ihr besessen worden ist." Vor 1809 war aber Krakau in die Oesterreichische Zolllinie eingeschlossen.

Dasselbe Blatt berichtet: Aus einem Berliner Privatschreiben, das wir durch Gefälligkeit eines hiesigen geachteten Handlungshauses erhalten, ersehen wir, daß die bisherigen Handels-Verhältnisse des Auslandes zum gewesenen Freistaat Krakau noch für die nächsten sechs Monate ganz die frühern bleiben. Während dieser 6 Monate sollen in Wien Conferenzen der betreffenden Staaten gehalten werden, welche die Handels-Verhältnisse Krakau's ordnen sollen. Bei diesen Conferenzen nun wird es darauf ankommen, ob die Preußische Diplomatie die Schlesischen und Preußischen Handels-Interessen wahren wird. Wir wollen das Beste hoffen und erinnern bei dieser Gelegenheit nur an den Traktat wegen der Wilhelmsbahn, wobei Schlesien und das übrige Preußen noch für mehre Jahre im Nachtheil ist. Jedenfalls ist es gut, daß die Deputationen der Breslauer Kaufmannschaft und des Magistrats nach Berlin abgegangen sind.

Der „Magdb. Z." wird aus Berlin geschrieben: Die Anwesenheit mehrerer Mitglieder des Herzoglichen Hauses Holstein macht natürlich Aufsehen. Es kann mit Bestimmtheit versichert werden, daß die Ansichten unseres Hofes durchaus in der Erbangelegenheit mit den deutlich an den Tag gelegten Wünschen des Deutschen Volkes sympathisiren; daß dieselben bisher nicht auf eine so eclatante Art an den Tag gelegt worden sind, wie dies von Seiten eines anderen Deutschen Staats geschehen, liegt nicht, wie jeder einigermaßen Unterrichtete einsehen muß, in der Unentschiedenheit des Kabinets, sondern beruht auf der Stellung, welche Preußen als Großmacht einnimmt. Daß hier Rücksichten vorwalten, ist klar; jedenfalls werden sie aber nicht im Stande sein, wenn es an der Zeit ist, unsere Regierung abzuhalten, für die Ehre Deutschlands und seine Interessen in jeder Weise in die Schranken zu treten.

Man will hier wissen, daß nicht der Consistorialrath Müller, welcher jetzt Professor der Theologie in Halle ist, den Lehrstuhl Marheineke's an hiesiger Universität besetzen wird, sondern daß derselbe von Professor Rothe in Heidelberg eingenommen werden soll. Herr Rothe, der in der theologischen Welt schon längst als Schriftsteller (von etwas Hegelianischer Färbung) bekannt ist, hat sich in jüngster Zeit durch eine Schrift, die von ihm zu Gunsten der Deutschkatholiken erschienen ist, einen größeren Leserkreis erworben. Da derselbe sich auch als Kanzelredner einen Namen gemacht hat, so erwartet man, daß er, falls das Gerücht von seiner Herberufung sich bestätigen sollte, außer dem Marheineke'schen Lehrstuhl die Stelle des Consistorialrathes Theremin einnehmen werde.

In der Nacht vom 15. zum 16. November gegen 1 Uhr entstand zu Burg in einem Hintergebäude zwischen dem Paradeplatze und der Schartauer-Straße Feuer, welches bei der großen Masse der dort und in der nächsten Nachbarschaft aufgehäuften Brennstoffe, ungeachtet aller Anstrengungen, mit außerordentlicher Schnelligkeit um sich griff und, außer etwa zwanzig Hintergebäuden, auch einige Wohnhäuser in Asche legte. Noch am 20sten Abends loderte das Feuer an mehreren Stellen öfters hoch auf.

Breslau. — Dieser Tage beherbergte Breslau eine Karavane von neun Kindern, welche von einer Polnischen Dame nach dem Großherzogthum gebracht worden. Die Kleinen haben in dem Galizischen Massacre ihre Eltern verloren und suchen jetzt bei mitleidigen Verwandten Obdach und Pflege. Das kurze Leben manches dieser Kinder soll sich in merkwürdigen Schicksalen mit dem eines erwachsenen Menschen messen können. Einzelne sind in jenen Tagen des Februar und März durch ihre Ammen der Blutgier der Bauern entzogen worden, und wurden dann bettelnd von ihren Erretterinnen durch's Land getragen, bis sie von der mitleidigen Dame diesem elenden Schicksale entrissen wurden.

Kurnik. — Der unter — Kurnik, den 9. November — in der Berliner Voss. u. Schles. Ztg. aufgenommene Artikel ist eine Sammlung von Unwahrheiten, denn wenn auch Dieberei und einige gewaltsame Raubanfälle im Kurniker Walde stattgefunden haben, so ist die öffentliche Sicherheit keinesweges so gefährdet, als obiger Artikel dies darzustellen bemüht ist. In Kurnik überläßt sich Alles der größten Sicherheit, es ist daher unwahr, daß bewaffnete Bürger-Patrouillen die Stadt durchziehen, und eben so unwahr, daß sich Niemand ohne Begleitung und Laternen hinauswage, da im Gegentheil man des Nachts öfterer einzelnen friedlich dahingehenden Personen begegnet. Der gedachte, eine halbe Meile von Kurnik, von der Posener Chaussee durchschnittene Wald bildet eine Ebene — enthält keine Höhlen — würde höchstens wegen einiger gut und dicht bestandener Schonungen als Diebsaufenthalt geeignet sein; im Uebrigen wird derselbe eben so häufig wie früher passirt, und sind den denselben durchpassirenden Reisenden, außer kleinen Diebereien und einigen Raubanfällen, welche letzteren ohne weitere Folgen waren, bis jetzt keine größere Fährlichkeiten aufgestoßen. Der im gedachten Artikel erwähnte Raubanfall auf den Grafen Paul P. reducirt sich dahin, daß einem aus Posen rückkehrenden leeren Wagen desselben — nur vom Kutscher geführt — ein Mantelsack und eine Kiste Cigarren im Werthe von 5 — 600 Rthlr. entwendet worden, ohne daß der Kutscher im Stande war, nähere Angabe über den Diebstahl machen zu können. Daß die hiesige Schützengilde mit geladenen Gewehren ausgezogen sei, ist gleichfalls eine Lüge und ist dahin zu berichtigen, daß vor ungefähr vier Wochen, also vor dem angeblichen Anfalle auf den Grafen P., die hiesige Polizei auf höhere Veranlassung einen Wagen mit 8 bis 10 bewaffneten Bürgern als Patrouille in den Kurniker Wald schickte, jedoch ohne daß irgend ein Resultat erzielt worden wäre, da denselben kein einziger verdächtig scheinender Mensch aufgestoßen ist. Die Angabe eines neuerdings gestellten Antrags behufs Stationirung von Militair ist gleichfalls eine Lüge und könnte ein solcher Antrag in Betracht der Gefährlichkeit von Räuberbanden kaum geschehen, indem die sich im Walde von Kurnik zuweilen bemerkbar machenden Diebe nur brotlose Tagearbeiter sind, deren sich im Betretungsfalle leicht eine Patrouille von zwei bis drei bewaffneten Männern event. ein Gendarm bemächtigen könnte.

Stettin. (Nach. Z.) — Sind wir gut unterrichtet, so hat bereits das General-Post-Amt Einleitungen getroffen, einen deutschen Postverein ins Leben zu

rufen, der zuerst eine Vereinigung sämmtlicher Deutschen Staaten zur Erhebung eines gleichen ermäßigten Briefportosatzes für ganz Deutschland bezweckt.

Köln. — Am 19. traf J. M. die verwittwete Kaiserin von Brasilien über Ostende hier ein und reiste, nach kurzem Verweilen, nach München weiter. — Der neugewählte Stadtrath besteht aus 24 Katholiken, 5 Protestanten und 1 Juden. — In dem berüchtigten Kassettendiebstahl ist die einzige Hauptzeugin, das Stubenmädchen des Gasthofs, wo die Entwendung Statt fand, verschwunden, und bis jetzt noch nicht auszumitteln gewesen. — Reisende aus Rotterdam berichten, daß in den Holländischen Häfen ungeheure Vorräthe an Getreide für den Mittel- und Oberrhein liegen, die auf einen günstigen Wasserstand warten.

Elberfeld. — Die auf den 18. angesetzte Bischofswahl in Münster ist eingetretener Hindernisse wegen vertagt worden.

Kreuznach, den 18. Novbr. Gestern verweilte der Badische Abgeordnete Herr von Itzstein in Begleitung von Hoffmann von Fallersleben in unserer Stadt; hieraus mag zu schließen sein, daß die bekannte Paßangelegenheit erledigt sei. Ersterer war in Geschäftsangelegenheiten hier, letzterer, um seine hiesigen Freunde, wenn auch nur flüchtig zu besuchen.

Ausland.

Deutschland.

Altona den 21. November. Ein Schreiben von der Dänischen Gränze vom 18. sagt, daß, einem Gerücht nach, ein K. Reskript die Weisung ertheile, daß am 19. die Ständeversammlung in Schleswig aufgelöst werden solle.

Leipzig. — Die D. A. Z. enthält heute einen Artikel über die Aufhebung der Republik Krakau, in welchem gesagt wird, daß England und Frankreich an den Verträgen der drei Mächte in Betreff Krakaus nicht Theil genommen haben. Bei diesen drei Verträgen concurrire Niemand, außer den drei Mächten, auch sei später keine Anerkennung der Nationalität (etwa wie der Schweiz) von Seiten der andern Mächte erfolgt.

Aus der Maingegend. Aus guter Quelle erfahren wir, daß man vor kurzem bei der Kurhessischen Regierung zu Kassel von Seiten vieler Französischer Pächter große Pachtvorschläge wegen Uebernahme der mit diesem Jahre zu Ende gehenden Spielpacht des Spielhauses Wilhelmsbad machte. Man hat sogar, wie wir vernehmen, zehn bis zwölftausend Thaler Pachtgeld geboten. Wie man aber behauptet, hat die Kurhessische Regierung alle diese Vorschläge abgelehnt und der Stimme Gehör gebend, die sich mächtig im Volke Deutschlands gegen die Spielhöllen erhebt, soll der Kontrakt der Spielhäuser zu Wilhelmsbad nicht mehr erneuert werden.

Mainz. Die Zeitungen haben kürzlich die Kunde gebracht, daß England in der Schleswig-Holsteinischen Angelegenheit sich dem Deutschen Interesse einigermaßen genähert habe. So weit wir den Stand dieser Angelegenheit kennen, hat England bis jetzt noch nichts gethan, was zu dem Schlusse einer Annäherung an das Deutsche Interesse berechtigen könne. Wir wissen im Gegentheil, daß Lord Palmerston erst neulich einem Deutschen Diplomaten gegenüber sich geäußert hat, diese Sache (die Schleswig-Holsteinische) sei noch nicht auf jenem Standpunkte angelangt, der dem Englischen Kabinet gestatte, ein kompetentes Urtheil abzugeben. Dieß stimmt ganz mit der Ansicht derjenigen Staatsmänner überein, welche behaupten, England werde die Entwickelung der Schleswig-Holsteinischen Angelegenheit bis zu jenem Zeitpunkte abwarten, wo es dieselbe in seinem Interesse ausbeuten kann. Wenn es schon jetzt etwas thut, so sind dies nur diplomatische Schachzüge, und wir dürfen uns deshalb gar nicht wundern, wenn wir es vielleicht später in den Reihen unserer Gegner sehen. Auch steht bereits die Thatsache fest, daß man es in England nicht den Englischen Interesse für zuträglich erachtet, wenn der zwischen Deutschland und Dänemark obschwebende Zwist in Deutschem Sinne entschieden wird.

München. — Se. Majestät der König hat jeder Kreis-Regierung eine Aversalsumme von 15,000 Fl. zur momentanen Unterstützung dürftiger Lehrer an den deutschen und technischen Schulen, dann an den Studien-Anstalten des ihr untergebenen Kreises, mithin für die acht Kreise des Reiches eine Gesammtsumme von 120,000 Fl., aus der Staatskasse zur Verfügung gestellt.

Baden. — Im Laufe der letzten sechs Wochen kamen in dem Mannheimer Hafen etwa 84,000 Ctr. Getreide, 250 Ctr. Mehl und 3600 Ctr. Kartoffeln zur Ausladung, wovon der größte Theil wieder in Transit nach Straßburg und der Schweiz abging. Die von der Badenschen Regierung angekauften Früchte sind nun sämmtlich in Köln zu Schiffe verladen und bereits ein großer Theil davon avisirt, welcher in kürzester Zeit in Mannheim erwartet wird.

Karlsruhe. — Der Gustav-Adolph-Verein in Mannheim hat sich mit 39 gegen 10 Stimmen gegen die Ausschließung des Dr. Rupp und für Aufhebung derselben ausgesprochen.

Frankfurt. — Der kürzlich in öffentlichen Blättern geäußerte Zweifel, ob der Graf von Montemolin sich wirklich in England aufhalte, war, wie es scheint, doch nicht ohne Grund. Ein karlistischer Staabsoffizier, der sich der polizeilichen Beaufsichtigung im östlichen Frankreich durch die Flucht entzogen; ist hier durchgereist, um, wie er äußerte, sich zum Grafen Montemolin nach Italien zu begeben.

Oesterreich.

Wien. (A. Z.) Vor einigen Tagen begaben sich mehrere der angesehensten hiesigen Bankiers zu Sr. Exc. dem Hofkammerpräsidenten, um ihm vorzustellen, daß das Fallen der Course und die Entwerthung besonders der Industriepapiere immer mehr überhand nehmen. Die Hauptursache, fügten sie hinzu, sei die Besorgniß vor einer Störung des Europäischen Friedens. Freiherr v. Kübeck sprach sich in seinem Bescheid auf ungemein beruhigende Weise gegen sie aus und äußerte unter anderm: sie dürften die feste Zuversicht hegen, die Besitznahme Krakaus werde keine Störung des Friedens herbeiführen, die Ruhe vielmehr befestigen. Wie es heißt, sollen in Folge dieser Conferenz, welche nicht wenig zur Beschwichtigung des Kleinmuths beigetragen hat, seitens der genannten obersten Finanzstelle bedeutende Vorschüsse gemacht worden sein und namentlich eines der größten Bankhäuser eine Million C. M. als Anleihe erhalten haben, um seinerseits zur Wiederemporbringung der Course mitzuwirken.

Die Allgemeine Zeitung bringt eine Mittheilung von der Galizischen Grenze, wonach das Gebiet der freien Stadt Krakau auf 23 Quadratmeilen 140,000 Einwohner zählt. Der Beschluß zur Aufhebung der Republik war bereits vor zwei oder drei Monaten gefaßt worden, doch sollen die beiden Deutschen Mächte auf eine abermalige Erörterung der Sache bei der Konferenz in Wien gedrungen haben, um nach reiflicher Erwägung zu entscheiden, ob die äußerste Maßregel auf keine Weise zu umgehen sei. Die Entscheidung der Konferenz fiel abermals für die unbedingte Aufhebung des Freistaats aus.

Der wegen des Mordanfalls auf Se. Majestät den Kaiser zu 20 Jahren Festungsstrafe auf der berüchtigten Ungarischen Festung Munkats verurtheilte Reindl ist vor vier Wochen und mit ihm der letzte Staatsgefangene in dieser Festung dort gestorben.

Szabó ist nicht in Laibach verhaftet worden, sondern über Hamburg nach Amerika entkommen. Sechs Stunden nach seiner Abfahrt traf der Steckbrief ein. Wahrscheinlich geht er nach Rio Janeiro zu seinem ehemaligen Triester Compagnon. Er reist als Chirurg. Daß er sich wenigstens auf das Barbieren versteht, meint die Agramer Zeitung, hat er bewiesen, denn er hat die Ungarische National-Gesellschaft gehörig barbiert.

Bruck a. d. Mur, den 16. Nov. Heute Vormittag um 9 Uhr hat in der sogenannten Menoriten-Kirche die Vermählung des Herzogs von Bordeaux mit der Prinzessin Therese von Modena in stiller Feier stattgefunden. Die hohen Neuvermählten reisten nach geschehener Trauung sogleich ab. Die Kirche erhielt ein Geschenk von 400 Fl., die Orts-Armen von 1000 Fl. C. M.

Galizien.

Lemberg. (N. K.) — Daß die Ruhe des Landes noch nicht auf sichern Grundlagen hergestellt ist, beweisen schon die ausgedehnten und energischen Maßregeln, welche der Graf von Stadion für nothwendig erachtet hat. Der Zustand, in welchem sich Galizien befindet, läßt sich nicht mit dem Worte „Ruhe," sondern vorerst nur mit dem Ausdruck „Waffenstillstand" bezeichnen. Mit welcher Kühnheit die Emissäre noch jetzt ihr Wesen treiben, mag nachstehende Episode bekräftigen. Vor einigen Tagen kam aus der Umgegend Lembergs fünf Bauern ins Kreisamt, verlangten mit einem Kreiskommissär zu sprechen, und ihr Führer, der zugleich den Sprecher machte, trug dem Beamten das Anliegen der Bauern vor. Dieser Führer war Niemand anders als ein als Bauer vermummter Emissär, auf den die Polizei fahndet, der aber sein Wagestück treflich durchführte. Der Kreisbeamte hatte ihn und seine Begleiter bereits in Gnaden entlassen, als ein Diener der Polizei herbeigeeilt kam; indeß der Vogel war bereits spurlos verschwunden. Zahllose Broschüren, gedruckt, lithographirt, viele auch nur flüchtig kopirt, kursiren und verdächtigen die Regierung: ja ein Pamphlet wußte man sogar mit Exemplaren der Lemberger Polnischen Zeitung in die verschiedenen Kreise einzuschmuggeln! Derlei Broschüren werden einander zugesteckt, ihr Inhalt still und verstohlen geprüft, leise besprochen und beinahe unheimlich ist es anzusehen, wie schnell beim Erscheinen eines verdächtigen Dritten das eifrigste Gespräch in ein gewöhnliches Gefasel über Schnee, Wind und Kälte übergeht. Dreien der Aufruhrstifter, den beiden Fürsten W.... und dem Mandatar B....., wurde vor einigen Tagen im Saale des K. K. Kriminalgerichts ihr auf 10 Jahre schweren Kerkers lautendes Urtheil bei verschlossenen Thüren verlesen und dieselben per Eilpost bereits an den Ort ihrer Bestimmung — Kufstein — abgeführt. Derlei erschütternde Vorgänge machen hier wenig Effekt, nach zwei Tagen ist die Episode vergessen oder scheint es wenigstens zu sein. Auch die wiederholte Publikation des Standrechts wurde mit stoischem Gleichmuthe aufgenommen. Für Staatsverbrecher wurde dasselbe verkündet. Für Verbrecher an Leib und Gut ihrer Mitbrüder, für die Vampyre der Gesellschaft, für die Vernichter und Räuber des Wohlstandes: die Wucherer in Geld und Korn, hat man noch keine Strafe zu erfinden vermocht. Die Brotpreise schwindeln auf einer für hierortige Verhältnisse außerordentlichen Höhe, und zwar unmittelbar nach einer gesegneten Ernte.

Krakau den 20. Nov. Wir haben gestern in Folge der Oester. Besitzergreifung augenblicklich eine kleine Theurung gehabt: es verkauften nämlich sogleich alle Kaufleute ihre Waaren um 50 pCt. höher als sonst. Da nämlich der Preis aller Bedürfnisse über kurz oder lang bedeutend steigen wird, so spekulirten die Söhne Merkurs ganz richtig, daß alle die, welche baares Geld in Händen haben, sich beeilen würden die billige Zeit noch zu bedeutenden Einkäufen im Großen zu benutzen. So ist es auch gekommen; in der Gewißheit, daß es nächstens noch bedeutend theurer werden wird, hat man beträchtliche Einkäufe von allen Seiten gemacht. Da hat sich denn unsere neue Regierung, empört über das revolutionaire Gebaren der Kaufmannschaft, in ächt conservativem Sinne beeilt, den status quo sofort wiederherzustellen. Wir rauchen also gegenwärtig noch so billige Cigarren

als zu den Zeiten der Republik und genießen das süße Bewußtsein, in unsern Kaffee Zucker zu thun, von dem das Pfund nur 26 Groschen (à 2 Pf. Pr.) kostet, gerade wie sonst. Möge die Regierung sich überhaupt angelegen sein lassen, uns in unseren materiellen Interessen recht zu schützen. Krakau ohne freie Einfuhr müßte nach den vielen Schlägen, die es binnen Kurzem so hart getroffen, in wenig Jahren ganz ruinirt sein. Und doch ist mit dem einzigen Worte „einverleibt" auf ewige Zeiten eigentlich schon jede Hoffnung ganz zu Boden geschlagen. — Was das Schicksal der hier in großer Anzahl sitzenden Revolutionsmänner sein wird, darauf ist man allgemein sehr gespannt. Es wäre eben so der Klugheit als der Billigkeit angemessen, wenn man ihnen die möglichste Milde angedeihen ließe. Doch ist nach allem menschlichen Erwarten und nach allen Regeln sowohl der politischen als der moralischen Wahrscheinlichkeitsrechnung dazu wenig, leider, leider sehr wenig Aussicht. Den Grundsatz, alles Revolutionaire mit Stumpf und Stiel ohne alle andere Rücksicht auszurotten, hält das Metternichsche Kabinet mit zu strenger Folgerechtigkeit fest, als daß man sich auch nur mit einem Schimmer von Hoffnung täuschen dürfte. Ich sehe die Sache keineswegs in einem zu düstern, ich sehe sie in keinem andern als ihrem wahren Lichte. Die Zukunft wird Richter sein. — An dem einen Tage mußten die höheren, an dem andern die Subaltern-Beamten schwören u. s. w.; heut thun es die Diener der heiligen Polizei.

Von der Galizischen Grenze. — Zur Ausgleichung des durch die Erwerbung Krakau's Oesterreich zugegangenen Zuwachses soll Preußen die Herrschaft Hotzenplotz in Oesterreich-Schlesien, und Rußland eine kleine Parzelle im Norden des Galizischen Kreises von Tarnopol erhalten.

Triest. — Mit dem Dampfschiff „Imperatore" sind Nachrichten aus Bombay bis zum 15. Oktober angekommen. Zu Nepaul ist der General Huygensingh ermordet worden, und die Königin jenes Staats hat eine allgemeine Niedermezzelung aller Personen, die im Verdacht stehen, an jenem Morde Theil genommen zu haben, befohlen; der erste Minister, sein Bruder, die Söhne und die Neffen und ungefähr 100 andere Personen wurden getödtet. Der Maharadscha ist geflüchtet und die Fürstin hat das Regiment ergriffen. Die Familien der Getödteten sind ins Exil gewiesen. In Caschemir hat die Insurrection gegen Yulab-Singh überhand genommen. Dieser will nun selbst ins Feld rücken; General Whube wird mittlerweile seine Hauptstadt Dshaun mit 6000 Mann besetzen, und überdies sollen 10,000 Sikhs von Lahore nach Caschemir aufbrechen.

Frankreich.

Paris den 21. Nov. Der Moniteur fängt an, die Antworten der auswärtigen Mächte auf die Notifikation der Vermählung des Herzogs von Montpensier einzuregistriren. Bereits haben die Repräsentanten der Könige van Preußen, Würtemberg und der Niederlande, so wie des Großherzogs von Hessen, dem Könige Ludwig Philipp in Privat-Audienzen die Antworten ihrer Souveraine auf die diesfälligen Notifikations-Schreiben überreicht. Der Commerce wollte in Erfahrung gebracht haben, das Londoner auswärtige Amt habe es gemißbilligt, daß Lord Normanby dem Prinzen von Joinville und dem Herzoge und der Herzogin von Montpensier zwei Tage nach den offiziellen Beglückwünschungen von Seiten des diplomatischen Corps seine Aufwartung gemacht. Lord Palmerston habe sämmtlichen britischen diplomatischen Agenten, welche sich in diesem Augenblicke in Paris befänden, geschrieben, bis auf weitere Befehle sich nicht bei den Festen und Empfängen, welche in diesem Winter in den Tuilerieen statthaben würden, einzufinden; es scheine, daß sich diese Kundgebung der britischen Unzufriedenheit selbst bis auf die Damen erstrecken solle. Galignani's Messenger erklärt indeß, er könne diesen Angaben auf das bestimmteste widersprechen.

Die Nachricht von der Maaßregel in Betreff Krakau's bildet auch heute den Hauptgegenstand der Besprechung in den hiesigen Blättern. Einige, unter anderen der Constitutionnel, bemühen sich, dieselbe mit dem Zerwürfniß zwischen England und Frankreich in Zusammenhang zu bringen, und selbst die ministerielle Epoque, die für Guizot's Organ gilt, deutet dergleichen an, indem sie Lord Palmerston, dem sie die Differenz zwischen jenen beiden Mächten hauptsächlich schuldgiebt, deshalb für ganz besonders verpflichtet hält, in Bezug auf die Krakauer Angelegenheit diejenigen Schritte zu thun, welche seinen früher im Parlament in dieser Hinsicht abgegebenen Erklärungen angemessen wären. Galignanis Messenger macht auch darauf aufmerksam, wie aus den Artikeln der Französischen ministeriellen Blätttr, namentlich das Journal des Débats, bei dieser Gelegenheit hervorgehe, daß man es sich Französischer Seits sehr angelegen sein lasse, die Englische und die Französische Regierung als in vollkommenem Einverständniß hinsichtlich der Betrachtung jener Maßregel darzustellen. Mancherlei Glossen von Seiten anderer Blätter hat eine Stelle in den Bemerkungen des Journal des Débats hervorgerufen, worin dieses Blatt, wie man ihm vorrückt, zu verstehen gebe, die Französische Regierung würde die Sache vielleicht anders angesehen haben, wenn man sie zu den Berathungen der drei Mächte über Krakau hinzugezogen hätte. Galignani's Messenger nennt dies eine „unglückliche" Aeußerung. Das Journal des Débats hatte nämlich gesagt, Frankreich und England würden dann sicher die Besorgnisse, zu welchen der Freistaat Krakau Anlaß gegeben, sehr berücksichtiget haben (auraient certainement pris en très grande consideration). Die Presse will erfahren haben — wobei sie sich jedoch durch den Zusatz verwahrt: „wenn wir recht berichtet sind" — daß Herr Guizot, als er von dem Oesterreichischen Geschäftsträger die Mittheilung von der Einverleibung Krakau's in die Oesterreichische Monarchie erhalten, sich darauf beschränkt habe, die von ihm am 2. Juli in der Deputirten-Kammer gehaltene Rede vorzulesen und dann die Notifikation ad referendum zu nehmen.

Ein Schreiben aus Toulon meldet, daß dort der Befehl ergangen ist, 4 Dampf-Fregatten auszurüsten, die sich dem Geschwader des Mittelländischen Meeres anschließen sollen, und daß noch 2 andere Dampffregatten in den Häfen am Atlantischen Ocean dieselbe Bestimmung erhalten würden. Der Brief fügt hinzu es gehe das Gerücht, daß dies Geschwader im Frühjahr auf die Zahl von 20 großen Schiffen gebracht werden solle, unter denen man den „Souverain", auf welchem Prinz Joinville im verflossenen Sommer seine Flagge aufgepflanzt hatte, den „Ocean" und den „Friedland", sämmtlich Dreidecker, bezeichnet.

Der Esprit public kündigt an, daß die Forts um Paris nicht nur schon ganz mit Truppen besetzt sind, sondern auch fortwährend mit großem Geschütz und großen Munitions-Vorräthen versehen werden. Das Hauptfort des Mont Valerien soll allein 24 Batterien Geschütz erhalten.

Die Truppen-Bewegungen gegen die Schweizergrenzen dauern fort; das zweite Bataillon des 18. leichten Infanterie-Regiments aus Straßburg ist an die Grenze des Kantons Basel abmarschirt. Ein halbes Bataillon des 22. leichten Infanterie-Regiments ist nach Altkirch abgegangen. Basel und Bern werden jetzt eben so, wie Genf und Waadt, militairisch beobachtet. Mehrere Offiziere des Generalstabes sind nach der Schweizergrenze abgereist.

Die legitimistische Partei hat aus Anlaß der Vermählung des Herzogs von Bordeaux eine Subscription zum Besten der Nothleidenden eröffnet. Die Grafen Guy de la Tour du Pin und von Narbonne-Pelet haben Schreiben an die France und Quotidienne gerichtet, worin sie zu diesem Zweck die Bildung eines Comité's vorschlagen und selbst ein Jeder mit 1000 Fr unterzeichnen. Am vorigen Sonntag wurde, wie die Quotidienne mittheilt, aus Anlaß der Vermählung des Herzogs von Bordeaux eine große Anzahl von Messen in den Kirchen von Paris gelesen; auch hatten zahlreiche Bankette statt, und nicht minder wurde, dem Wunsche des Herzogs von Bordeaux gemäß, dessen Vermählungstag durch reiche Wohlthätigkeitshandlungen bezeichnet.

Der Bey von Tunis wird erst Montag, den 23. November hier erwartet.

Die verantwortlichen Herausgeber der Polnischen Schriften „Der 3. Mai, die Polnische Nation und der Polnische Demokrat" sind auf heute vor das Zuchtpolizeigericht beschieden, um sich zu verantworten, weshalb sie die gesetzlichen Formalitäten in Betreff politischer Druckschriften nicht erfüllt, d. h. weshalb sie nicht die Caution von 50,000 Fr. geleistet.

Die Abreise der Lady Normanby, welche morgen Paris verläßt, um den Winter auf ihren Gütern in England zuzubringen, wird von unseren Tagesblättern als eine abermalige indirekte Protestation gegen die Heirath des Herzogs von Montpensier dargestellt.

Die Antwort auf die letzte Note des Englischen Kabinets weist die Zumuthung, daß die Herzogin von Montpensier ihren Erbrechten auf die Spanische Krone entsagen solle, entschieden zurück. Man hofft jedoch, daß sobald die mit einiger Gewißheit erwartete Nachricht eintrifft, daß die Königin Isabella guter Hoffnung sei, — die obwaltenden Mißhelligkeiten zwischen Frankreich und England sich viel leichter, als es jetzt den Anschein hat, ausgleichen werden.

Wir sind begierig, schreiben Französische Blätter, zu sehen, welche Haltung Lord Palmerston nach Krakau's Fall annehmen wird, jetzt, da er seinen eigenen Eingebungen und seiner isolirten Thatkraft überlassen ist. Die Gewährleistung der Polnischen Nation trifft England eben so sehr, ja noch mehr als uns, denn Frankreich, erniedrigt durch die Koalitionen, welche England gegen dasselbe aufgeregt hatte, konnte an den Erörterungen, welche das Loos des ehemaligen Polens ordneten, nur einen untergeordneten Antheil nehmen. Außerdem hat Frankreich kein vorherrschendes Interesse, die Wiener Beschlüsse als eine Bundeslade, als ein für alle Zeiten unverletzbares System zu betrachten. Es hat sich ihnen Anfangs unterworfen und sie später geachtet; aber es darf sie nicht als das letzte Wort des Völkerrechts und der Europäischen Politik ansehen. Damit soll nicht gesagt sein, daß es dieselben ohne Protestation und Vorbehalt verletzen lassen dürfe; aber es giebt in Europa Mächte, die mehr dabei betheiligt sind, daß sie unverletzt aufrecht erhalten werden. Und England, das ihnen seine Größe dankt, die jetzt so schwer auf Europa lastet, England, das sie hauptsächlich gegen uns veranlaßte, muß augenscheinlich uns vorangehen. Einige Blätter halten Lord Palmerston für fähig, sich mit den nordischen Höfen wegen der Vernichtung Krakau's zu verständigen. Dies wäre jedenfalls das sicherste Mittel, die Englische Politik sinken zu lassen. Aber, auf der andern Seite, welche Kraft können die Vorstellungen und Protestationen eines Mannes haben, den die nordischen Mächte wie einen Aufwiegler zurückstoßen, und der das einzige Bündniß, das den Beschwerden Englands Gewicht geben konnte, so eben aus persönlicher Eitelkeit zerrissen hat? Man muß also abwarten, welche Haltung die Britische Regierung annehmen wird. Wir rathen jedenfalls, sich nicht zu übereilen.

Nach dieser klugen Rede scheint es fast, als seien die Deklamationen des Journal des Débats so gar bös nicht gemeint.

Seit 1840 war unsere Börse noch nicht so erschüttert, als gestern; der Artikel des Journal des Débats über die Einverleibung der Republik Krakau hat einen panischen Schrecken hervorgebracht, der sich in einzelnen Augenblicken bis zu einem sauve qui peut steigerte. Die 3 und 5proc. Französischen Papiere fielen um $1 - 1\frac{1}{2}$ pCt., fanden aber zuletzt zu 81 Frs. viele Käufer, weil die Einlösung der Coupons bevorsteht. Die Eisenbahn-Aktien fielen noch tiefer.

Portugal.

London den 20. Nov. Das Schiff „Marys" ist gestern in Falmouth mit

Nachrichten aus Lissabon angekommen, die sehr ernst lauten. Als das Schiff am 11. d. M. den Tajo verließ, war die ganze Stadt in großer Aufregung aus Besorgniß, daß die Insurgenten sich stärker zeigen würden, als man gewöhnlich angenommen hatte. Indeß scheint noch immer kein Kampf zwischen der Haupt-Armee, unter dem Herzog von Saldanha, und den Insurgenten, unter das Antas, vorgefallen zu sein, und die Einwohner Lissabons müssen deshalb wohl über die wahre Stärke der letzteren genauer unterrichtet worden sein, als es bisher der Fall gewesen ist. Das britische Geschwader lag noch im Tajo, bereit, die Königin und die Königliche Familie im Fall der Noth an Bord zu nehmen. Ein amerikanisches Fahrzeug versuchte in den Hafen von Porto einzulaufen, wurde aber durch die Kanonen des Forts von den Insurgenten energisch zurückgewiesen und mußte, sehr beschädigt, einen Nothhafen suchen. Man sieht hier der Ankunft der neuen Post mit großer Spannung entgegen.

Großbritannien und Irland.

London den 20. Novbr. Heute Morgen legten in dem Gerichtshofe der Queensbench die Mitglieder des Kabinets, nämlich Lord John Russel, als erster Lord des Schatzes, der Marquis von Lansdowne, als Lord-Präsident des Geheimen Raths, Graf Grey, Secretair für die Kolonien, Lord Palmerston, für das Auswärtige, Herr Charles Wood, Schatzkanzler, und Lord Auckland, erster Lord der Admiralität, den hergebrachten Unterthanen-Eid ab, daß die in der Eigenschaft als Minister ihre Autorität niemals dazu gebrauchen würden, um die bestehende Landeskirche zu gefährden.

Die hiesigen Blätter ignoriren, bis auf Times und Standard, die Einverleibung Krakau's in die Oesterreichische Monarchie. Das letzte Blatt aber enthält gegen den erwähnten Artikel der Times, als dessen Verfasser der Standart geradezu Lord Palmerston bezeichnet, eine sehr energische Replik und erblickt in den gereizten Aeußerungen der Times über das Faktum nur ein Bestreben des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, in Europa Unfrieden zu säen. „Wenn Lord Palmerston," sagt der Standart, „sich in Ermangelung eines anderen Grundes, um gegen die Einverleibung zu protestiren, auf den Wiener Traktat berufe, so sei dies zum wenigsten eine Vermessenheit, denn dieser Traktat sei 1831 und 1832 verletzt worden, als, der wichtigsten Bestimmung desselben zuwider, Belgien von dem Königreiche der Niederlande losgerissen wurde, und Lord Palmerston sei damals der Britische Minister gewesen, welcher diese Verletzung bestätigte. Auch bei anderen Gelegenheiten, wie namentlich in dem letzten Polnischen Insurectionskriege 1831, habe Lord Palmerston des Wiener Traktats nicht gedacht, wie doch seine Pflicht gewesen wäre, und es sei deshalb offenbar, daß er am wenigsten gegen die Verletzung der Unabhängigkeit eines kleinen Theils von dem ehemaligen Polen sich auflehnen könne, nachdem er die Unterjochung des ganzen Landes sehr bereitwillig zugestanden habe. Uebrigens bemerkt der Standart, der das Französische Interesse vertritt, daß der ganze Artikel mehr den Zweck habe, die Französische Regierung in Verlegenheit zu setzen, als den Krakauern zu helfen, da am Schlusse desselben eine Drohung gegen Frankreich ausgesprochen werde, im Fall dieses zu dem in Rede stehenden Faktum mitgewirkt haben sollte. Wenn die Times deshalb sage: König Ludwig Philipp habe seine Stärke falsch berechnet, wenn er hoffe, den Geist der Französischen Nation zu einem solchen Vertrag zu bewegen, so antworte er (der Standard) darauf: Lord Palmerston habe seine Stärke falsch berechnet, wenn er hoffe, den Geist der Französischen Nation zu bewegen, ihn als seinen Rathgeber anzunehmen. Uebrigens habe Lord Palmerston vor 15 Jahren die Neutralität Frankreichs in der Polen-Angelegenheit nicht getadelt, also könne er es auch jetzt nicht.

Die hiesigen Blätter sind in eben so großer Aufregung über die Einverleibung von Krakau, wie die Französischen. Die Times suchen in einem langen Artikel, der sehr im Johnbulltone geschrieben ist, zu beweisen, daß dieser Schritt der drei Mächte den Wiener Verträgen die Grundlage aller territorialen Verhandlungen des Kontinents bilde, völlig zerstöre. Ebenso wie die Französischen Blätter die Schuld auf Lord Palmerston wälzen, behaupten die Times, die nordischen Mächte würden den gefährlichen Schritt nie gethan haben, wenn sie nicht überzeugt seien, daß Ludwig Philipp im Geheimen mit ihnen übereinstimme. Der Standard ist der Meinung, daß Lord Palmerston, der im Jahre 1830 durch die Gründung des Königreichs Belgien die schreiendste Verletzung der Wiener Verträge gut geheißen, kein Recht habe, sich auf diese Verträge zu berufen; daß derselbe Minister, der im Jahre 1832 mit der ruhigsten Miene von der Niederlage der tapfern Polnischen Kriegsheere zugesehen, eine schlechte Rolle spiele, wenn er sich zum Vertheidiger der Polnischen Nationalität aufwerfe. Lord Palmerston zeige nur deshalb solchen Abschen gegen die Einverleibung der Republik Krakau, um auf diese Weise, nachdem es in anderer nicht gelungen, einen Kontinental-Krieg gegen Frankreich anzuschüren. Das Morning Chronicle, das anerkannteste Organ Palmerston's, schweigt; eben so der Globe, der mehr für das Organ Lord John Russel's gehalten wird. Einstweilen dürften diejenigen Recht behalten, welche der Meinung sind, daß die Einverleibung Krakau's keine ernsthafte Verwickelungen herbeiführen wird. Graf Montalembert und viele andere Englische und Französische Redner werden in gewaltigen Worten ihre Stimme gegen die nordischen Mächte erheben, um es am Ende, wie Mephisto sagt, „gehen zu lassen, wie's Gott gefällt." Frankreich und England werden protestiren und Krakau wird eine Oesterreichische Provinz bleiben. Ja, wer weiß, sagt ein liberales Belgisches Blatt, ob die ohnmächtigen Protestationen in den Französischen Kammern nicht dazu beigetragen haben, die drei Mächte in ihrer Entschließung zu befestigen.

Die Beschlüsse des letzten Kongresses des Deutschen Zoll-Vereins haben hier, wie natürlich, die Aufmerksamkeit der industriellen Klassen auf sich gezogen. Leeds Mercury enthält eine Beurtheilung derselben vom Englischen Standpunkte und erörtert die Frage, inwieweit die Englischen Fabrikanten dadurch berührt werden. Im Allgemeinen drückt das Blatt seine Freude darüber aus, daß die Erhöhungen der Eingangs-Abgaben des Zoll-Vereins die Manufakturen und Spinnereien in Großbritannien nicht wesentlich beeinträchtigen werden, doch wird bemerkt, daß die bedeutendste Aenderung, nämlich die bei der Abgabe von Maschinen-Leinengarn, die Ausfuhr dieses Artikels aus England nach dem Zoll-Verein, welche noch immer sehr ansehnlich ist, hart betroffen werden dürfte. Der zweiten bedeutenden Erhöhung bei der Abgabe der Leinenwaaren, nämlich von 11 Rthlr. bis zu 20 Rthlr. vom Ctr., wird keine so ausgedehnte Wirkung zugeschrieben, obschon unter dieser Abtheilung vorzüglich die einfachen und modisch verzierten leinenen Drells von Barnsley in Yorkshire und das Hemden-Leinen von Irland betroffen wird. Indeß bemerkt das Blatt, daß die Ausfuhr in diesen Artikeln nach Deutschland in der neuern Zeit nicht von ausgedehntem Maaße war. „Aus irgend einem Grunde," schreibt der Mercury, „sind die Preise der Leinengarne und Leinenwaaren, vorzüglich der Drelle von Barnsley, verhältnißmäßig so hoch, daß sie dadurch verhindert werden, in irgend einer großen Ausdehnung mit Glück mit den Deutschen und Schweizerischen Erzeugnissen auf den Deutschen Märkten konkurriren zu können. Sie hatten auf den überseeischen Märkten mit ähnlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Bei der Ueberlegenheit ihrer letzten Bearbeitung und bei dem besseren Style ihrer Muster wurden sie einige Zeit von einem Theile der Verbraucher in Deutschland vorgezogen, aber die Zahl derselben hat von Jahr zu Jahr abgenommen. Sollten unsere Leinengarnspinner und unsere Leinenwaaren-Manufakturen auf irgend eine Weise in den Stand gesetzt werden, dieselben zu einem wohlfeileren Preise zu produziren, so kann nur wenig Zweifel daran sein, daß sie einen Theil des Handels mit Deutschland, welchen sie bisher besaßen, ferner behalten oder selbst auf den Deutschen und anderen Märkten über ihre Deutschen und Schweizerischen Mitbewerber das Uebergewicht erlangen." Dagegen kann das Blatt sich über die Erhöhung der Abgabe von Baumwoll-Twist bis zu 1 Rthlr. pro Ctr. oder $\frac{5}{16}$ Penny pro Pfd. nicht so leicht zufrieden geben und hält dieselbe für eine unweise Maßregel. Es wird versucht, den Beweis zu führen, daß die Ausfuhr des Englischen Baumwollen-Twists dadurch nicht um einen einzigen Ballen vermindert werden dürfte, weil die Deutschen Spinnereien nur ein Viertel des Bedarfs der Deutschen Baumwoll-Manufakturen liefern könnten, und daß ferner die Bevölkerung Deutschlands dadurch verlieren würde, da die Abgabe für Twist hier einer Abgabe für Rohstoffe überhaupt gleichkomme. Was die übrigen Artikel betrifft, von welchen die Eingangs-Abgabe erhöht worden ist, wie Leinen-Zwirn, Zwillich, Damast, Tisch-Leinen, Handtuch-Leinen, Schleier-Leinen, Gaze, Borden Franzen rc., so glaubt Leeds Mercury, daß dieselben die Englischen Fabriken nur wenig berühren.

Nach den Times ist bereits fest beschlossen, daß des Herzogs v. Wellington kolossales Reiterstandbild vom Triumphbogen am Hydeparkcorner wieder abgenommen werden soll. Der neue Standort desselben müsse jedenfalls schon gewählt sein, weil es doch gar zu abgeschmackt wäre, die Statue gleich so vielem Gerülle in irgend einem Winkel aufzuheben. Das Experiment habe übrigens 3000 Pf. St. gekostet, was sehr Viele, selbst von Denen, welche die Aufstellung tadeln, zu der Ansicht bekehrt habe, es werde noch am Besten sein, den Herzog und sein Roß in Ruhe zu lassen, wo sie wären.

Die Times sprechen, mit Anführung der geeigneten Stellen aus den verbürgten Verträgen, unumwunden ihre entschiedenste Mißbilligung der Besitznahme Krakau's durch Oesterreich aus, und verweisen mit dürren Worten auf die Folgen, welche diese haben kann. Sie bedauern, daß kein Englisch-diplomatischer Agent zur Stelle war, und erinnern daran, daß bereits 1833 die drei Schutzmächte Krakau's, an die Stelle der durch die Wiener Verträge vorgeschriebenen Verfassung, eine neue entworfen, worin die höchste Gewalt von den Staatsbehörden auf die Residenten der drei Mächte übertragen wurden. Schließlich sprechen die Times die Vermuthung aus, daß Frankreich von der Besitznahme Krakaus gewußt, und fordern die Französische Regierung auf, jetzt durch die That jene Vermuthung zu widerlegen, da Frankreich mit England zur Aufrechterhaltung der Verträge von 1815 verpflichtet sei.

Gestern Abend fand wiederum eine zahlreiche öffentliche Versammlung statt, welche die Eröffnung der Häfen, zu zollfreier Lebensmittel-Einfuhr, von der Regierung erwirken wollte. Man beschloß auch, daß die Geistlichen aller Bekenntnisse ersucht werden sollten, sich der Sache anzunehmen. Eine Deputation, welche Ld. J. Russell die Beschlüsse der Versammlung mittheilen soll, wurde demnächst ernannt.

Schweiz.

Bern. In Folge des verfassungsmäßigen Austritts sämmtlicher besoldeter Staats-Beamte aus dem Großen Rath müssen nun 44 Ergänzungs-Wahlen zu demselben vorgenommen werden. Es sind diese auf Sonntag den 29. d. angesetzt.

St. Gallen den 16. Nov. Man verlas heute die Botschaft des Kl. Raths, durch welche dem Gr. Rath dringend empfohlen wird, den Gesetzvorschlag über die Freischaaren endlich einmal zu erledigen. Die liberale Partei war zum Eintreten geneigt; die Conservativen wollten, die einen Ueberweisung an eine Commission, die andern Zurückweisung an den Kl. Rath, die dritten totale Verwerfung des Gesetzvorschlages. Mit 70 gegen 69 Stimmen wird das Eintreten

(Beilage.)

und artikelweise Berathung beschlossen. Der Art. 1., welcher die Bildung bewaffneter Freicorps (Freischaaren) wie jedes Auftreten solcher Corps ohne Zustimmung, Mitwirkung oder Aufruf der Kantonsregierung verbietet, wird nicht ohne Widerspruch unverändert angenommen. Der Art. 2. setzt fest, daß, wer an der Bildung solcher Corps oder ihrem Auftreten, in oder außer dem Kanton, als Urheber oder Gehülfe, unmittelbar oder mittelbar, Antheil nimmt, in eine Geldstrafe von 20 bis 400 fl. oder in Gefangenschaft von 10 bis 100 Tagen verfalle. Die conservative Partei wollte hier schon im ersten Stadium criminelle Behandlung eintreten lassen. Ja ein rechter Füselierhauptmann wollte die Freischärler nach dem Criminalgesetzbuch über Aufruhr und Hochverrath behandelt wissen. Mit 74 gegen 68 Stimmen wurde aber der Vorschlag des Kl. Rathes angenommen.

Vermischte Nachrichten.

Posen den 26. Novbr. In der gestrigen Versammlung der Stadtverordneten sind dem Vernehmen nach folgende Gegenstände zur Verhandlung gekommen:

1) Auf den Antrag des Kaufmanns Goldberg, sein Grundstück an der Schloßbergstraße bebauen zu dürfen, war in der Sitzung vom 7. Oktober c. beschlossen worden, daß dem Antragsteller der Bau unter der Bedingung zu gestatten sei, daß er, dem Erbzinsvertrag vom Jahre 1817 gemäß, eine freie Durchfahrt von 12 Fuß Breite belasse. Herr Goldberg hatte dagegen reklamirt und darauf angetragen, daß eine Durchfahrt von nur 9 Fuß Breite ausreichend befunden werde. Der wohllöbliche Magistrat hatte sein Gesuch unterstützt, worauf eine Kommission zur Prüfung der Angelegenheit ernannt war, welche jedoch der Ansicht des Magistrats nicht beipflichtete, sondern eine freie Durchfahrt von 12 Fuß Breite für nöthig erklärte, damit namentlich bei Feuersgefahr den Spritzen u. s. w. ein leichter Zugang gewährt werde. Die Stadtverordneten-Versammlung schloß sich dem Gutachten der Kommission an und beharrte bei ihrem Beschluß vom 7. Oktober, d. h. auf eine Durchfahrt von 12 Fuß Breite. Bei dieser Gelegenheit hatte die genannte Kommission sich davon überzeugt, daß auf den 3 benachbarten Grundstükken Nr. 79., 80. und 81. der Erbzinsvertrag vom 24. Juni 1817 verletzt worden, indem durch Bebauung der betreffenden Räume die erforderliche Durchfahrt ganz unmöglich gemacht war. Der wohllöbliche Magistrat wurde in Folge dessen ersucht, sich mit der erwähnten Kommission zur Untersuchung der Angelegenheit, event. zur sofortigen Beseitigung der gerügten Uebelstände vereinigen zu wollen.

2) 10 Consense verschiedenen Inhalts wurden vollzogen.

3) In Betreff der Rumford'schen Suppenanstalt ist statutenmäßig festgestellt, daß für die dazu bestimmte Summe von jährlich 350 Thalern und die außerdem vorhandenen etwaigen Ersparnisse, vom 25. December ab mindestens vier, höchstens sechs Monate hindurch Suppen an Arme verabreicht werden sollen. Da die etatsmäßige Summe nicht überschritten werden darf, es aber doch wünschenswerth ist, daß bei der herrschenden Theuerung täglich 200 Portionen Suppe vertheilt werden, so wurde der Antrag des Magistrats, die diesmalige Perceptionszeit auf vier Monate — vom 25. December bis zum 25. April — zu beschränken, genehmigt, zumal im Monat Mai den Armen der eigene Erwerb nicht mehr so schwer fallen dürfte.

4) Das vom wohllöblichen Magistrat mit einigen gewünschten Abänderungen zurückgesandte Statut für die städtische Pfandleihanstalt wurde vollzogen.

5) Von dem Kaufmann Bach, welcher die Wartha-Ufer-Gefälle auf die Jahre 1843—1845 für die jährliche Pachtsumme von 287 Thaler gepachtet, und diese Pacht für die beiden ersten Jahre auch richtig bezahlt hatte, war der Antrag gestellt, ihm das rückständige Pachtquantum des 3. Jahres, im Betrage von 215 Rthlr., zu erlassen, weil er in dem letzten Jahre keine Einnahme gehabt, indem ihm von der Kämmerei ein Recht verpachtet worden, das zu verpachten dieselbe gar nicht befugt gewesen. Der wohllöbliche Magistrat bestätigte die Angaben des Antragstellers mit dem Hinzufügen, daß die Nichtberechtigung zur Verpachtung der fraglichen Uferstellen sich erst neuerdings herausgestellt habe, und befürwortete demnach eine Ermäßigung des zu zahlenden Rückstandes von 215 Rtlr. auf 107 Rthlr. Die Stadtverordneten glaubten jedoch, diesem Antrage nicht beistimmen zu können, und ernannten eine Kommission zur Untersuchung der Sachlage und resp. Prüfung der diesfälligen Dokumente, um zu ermitteln, ob der Stadt die in Abrede gestellte Befugniß zur Verpachtung der erwähnten Ufergefälle wirklich nicht zustehe.

6) Die vom Magistrat beantragte Remuneration von 50 Thalern für den Rendanten Baubach, für die Erhebung der Hundesteuer pro 1847, war nicht, wie pro 1846, von den Stadtverordneten bewilligt, sondern in einer früheren Sitzung auf 25 Thaler ermäßigt worden, weil in diesem Jahre die umfassenden Vorarbeiten nicht vorhanden seien. Der Magistrat trug nun abermals, unter Motivirung seines Gesuchs, auf Bewilligung von 50 Thalern für den Rendanten Baubach an, doch erklärte sich die Majorität der Stadtverordneten für den frühern Beschluß, so daß die beregte Remuneration pro 1847 auf 25 Thaler beschränkt bleibt.

7) Auf die Eingabe des Vorstandes des hiesigen Handelssaals, die Miethe des letzteren, im Betrage von jährlich 170 Thalern, ganz erlassen oder doch wenigstens ermäßigen zu wollen, fand die Stadtverordneten-Versammlung sich nicht veranlaßt, einzugehen, vielmehr war sie der Ansicht, daß das Kontraktsverhältniß für die Dauer der Kontraktzeit aufrecht erhalten werden müsse.

8) Die zur Ermittelung der besten Art und Weise, wie bei der herrschenden Theuerung dem notorischen Nothstande der ärmeren Einwohnerklasse Posens abgeholfen werden könne, ernannte Kommission schlug vor, 2000 Thaler zur Gratis-Vertheilung von Brot unter die Bedürftigen zu bewilligen. Die Versammlung stimmte dem Vorschlage nicht bei, sie hielt es vielmehr für angemessener, nach und nach 60,000 Brote ankaufen und mit einer Zubuße von 3000 Thalern wieder verkaufen zu lassen, so daß jedes Brot $1\frac{1}{2}$ Sgr. billiger, als es der Behörde zu stehen kommt, abgelassen werden kann. Es wurde demnach eine Kommission ernannt, welche durch gefällige Vermittelung des Königl. Proviantamtes das Brot auf die billigste Weise zu beschaffen suchen soll; zugleich wurde beschlossen, daß die Vertheilung des Brots nicht lediglich der Armenverwaltung zu überlassen, sondern dabei die von den Stadtverordneten zu diesem Ende ernannte Kommission hinzuzuziehen sei.

9) Dem Pelzwaarenhändler Jacobi Warszawski wurde, nachdem er ein jährliches Einkommen von 500 Thalern nachgewiesen, die Befähigung zur Erwerbung des Bürgerrechts zuerkannt.

10) Der wohllöbliche Magistrat theilte der Versammlung ein Promemoria des Stadtarmen-Arztes, Herrn Dr. Rehfeld, mit, betreffend die Mängel bei Unterbringung, Verpflegung und Behandlung der Armen und Kranken im städtischen Hospital, und trug auf Bewilligung der Mittel zur Abstellung derselben an. Die Stadtverordneten ernannten zur Untersuchung und Prüfung der Angelegenheit eine Kommission, bestehend aus den beiden Aerzten Herren Dr. Orbelin und Dr. v. Gąsierowski, so wie dem Herrn Polizei-Präsidenten v. Minutoli und Herrn Krzyżanowski.

11) Auf den Antrag eines Stadtverordneten wurde die nächste Sitzung zum Termin Behufs Einbringung und event. Besprechung von etwaigen Petitionen an den bevorstehenden Landtag angesetzt.

12) Ein Mitglied des Kollegiums machte die Versammlung darauf aufmerksam, wie es gegenwärtig wirklich den Anschein gewinne, als sollte der Bahnhof der Stargardt-Posener Eisenbahn in bedeutender Entfernung von der Stadt Posen angelegt werden. Dadurch werde aber eine Lebensfrage für unsere Stadt zum Nachtheil derselben entschieden, indem das Beispiel anderer Städte lehre, daß der gesammte Verkehr sich nach und nach in die Nähe des Bahnhofs hinziehe, was aus leicht einzusehenden Gründen in Posen vorzugsweise der Fall sein dürfte. Somit werde die Eisenbahn, die doch eine Wohlthat für Posen sein solle, den Verfall der Stadt unausweichlich zur Folge haben; es sei daher wohl die Pflicht der städtischen Behörden, kein Mittel unversucht zu lassen, das die Stadt bedrohende Unglück abzuwenden, und da die früher gestellten Bedingungen, wegen der Größe der verlangten Opfer, unannehmbar befunden worden, so bleibe nichts weiter übrig, als sich unmittelbar an Seine Majestät unsern Allergnädigsten König zu wenden, dessen Wille es nicht sein könne, daß eine beabsichtigte große Wohlthat uns zu noch größerem Verderben gereiche, und Se. Majestät allerunterthänigst zu bitten, den Befehl zu ertheilen, daß der Bahnhof wie in andern Festungsstädten innerhalb des Festungsrayons angelegt werden müsse. Zu diesem Behufe sei entweder eine Immediat-Eingabe an Se. Majestät zu richten, oder — was noch sicherer zum Ziele führen dürfte — eine Deputation der Bürgerschaft an das Königl. Hoflager abzusenden. Die Stadtverordneten-Versammlung trat, in Erwägung der hohen Wichtigkeit des Gegenstandes, dem Antrage einhellig bei und entschied sich dahin, den wohllöblichen Magistrat aufzufordern, gemeinschaftlich mit den Stadtverordneten eine Deputation, bestehend aus einem Magistratsmitgliede und drei Stadtverordneten, an unsern Allergnädigsten König zu senden, um eine Allerhöchste Entschließung des Inhalts zu erwirken: „daß der Posener Bahnhof innerhalb der Festungslinie angelegt werden müsse", weil nur in diesem Falle die Eisenbahn auf die Wohlfahrt der Stadt belebend einwirken könne.

13) Das von einem Stadtverordneten unter dem 19. Juli c. eingereichte Promemoria, betreffend die Errichtung eines städtischen Pfandbrief-Amts in Posen, war von dem Stadtverordneten-Kollegium dem wohllöblichen Magistrat zur Begutachtung übersandt, und demnächst von demselben, mit mehreren Bedenken begleitet, remittirt worden. Da indessen diese Bedenken nicht erheblich genug erschienen, um ein, so große Vortheile für die Grundbesitzer der Stadt versprechendes Institut fallen zu lassen, überdieß auch in andern Städten an der Herstellung der projektirten Anstalt, als des einzig möglichen Heilmittels gegen den verderblichen Wucher und gegen die Unbeweglichkeit und Starrheit des hypothekarischen Vermögens, rüstig gearbeitet werde, so ernannte das Kollegium auf Ersuchen des Antragstellers eine Kommission, um den hochwichtigen Gegenstand in gründliche Erwägung zu ziehen, die analogen Projekte für andere Städte zu prüfen, und event. die Mittel anzugeben, wie die vom wohllöblichen Magistrat bezeichneten Schwierigkeiten überwunden werden können.

14) Der Bericht über die Revision der Posener Sparkasse pro 1845 wurde dem Kollegium mitgetheilt, und demnach von demselben die Decharge ertheilt.

Berlin. Großes Aufsehen hat es hier in der kaufmännischen Welt gemacht, daß eines unserer ältesten und reichsten Häuser, Gebrüder Schickler, auf eine sehr herbe Weise in den Londoner Bankerott von Harman und Comp. verflochten ist, indem es eine Summe von 27,000 Pfd. St., also fast 200,000 Thlr., die es demselben unlängst zur Tilgung einer Schuld übersandt, doppelt zahlen muß, weil bei der Uebersendung ein kaufmännischer Formfehler gemacht worden sein soll. — Die philosophische Gesellschaft hierselbst beging am 12. Nov. die Feier des Todestags Hegels, der im Jahre 1832 als ein Opfer der Cholera fiel.

Bei zwei hiesigen Familien waren Vergiftungsversuche durch Hineinthun schädlicher Substanzen in den Kaffee gemacht worden. In dem einen Falle wurde man

glücklicherweise den Frevel noch rechtzeitig gewahr und blieb so ganz verschont, in dem andern Falle aber genoß die aus 6 Personen bestehende Familie den Kaffee und erkrankten alle, die davon genossen, bedeutend, so daß noch einige das Bett hüten müssen. Man hofft, daß es gelingen werde, die Thäter dieser Schändlichkeit zu entdecken und sie zur wohlverdienten Strafe ziehen zu können. — Auf dem hiesigen Frankfurter Eisenbahnhofe gerieth ein Packhofsarbeiter am 20. d. M. zwischen zwei Transportwagen und fand, indem er bedeutende Quetschungen an Brust und Unterleib erlitt, dabei seinen Tod.

Aus den früheren, in Berlin vorgenommenen Volkszählungen ergiebt sich, daß diese Hauptstadt (mit dem Militär) im J. 1816 197,717, 1819 201,138, 1822 209,146, 1825 220,277, 1828 236,830, 1831 258,682, 1834 265,122, 1837 283,722, 1840 330,230 Einwohner hatte. Hiernach hatte sich also die Bevölkerung der Residenz in dem vierundzwanzigjährigen Zeitraume von 1816 bis 1840 incl. um 132,513 Einwohner beiderlei Geschlechts vermehrt. Dieser Zuwachs in der Bevölkerung ist, dem größten Theile nach, aus dem Ueberschusse der Einwanderer über die Auswanderer hervorgegangen, und nur etwa ein Viertheil des Ganzen als das Ergebniß des Ueberschusses zu betrachten, welchen die Geburtsfälle über die Sterbefälle hervorbrachten. Die Zahl der Gebornen betrug nämlich in dem ganzen, 24 Jahre umfassenden Zeitraum von Anfang 1817 bis Ende 1840 203,935, und die Zahl der gleichzeitig Verstorbenen 176,632, so daß sich, durch den Ueberschuß der Gebornen über die Verstorbenen, nur eine Vermehrung der Bevölkerung von 27,303 Personen für den angegebenen Zeitraum herausstellt. Da der Gesammt-Zuwachs aber 132,513 Personen betrug, so kommen auf den Ueberschuß der mehr Eingewanderten als Ausgewanderten 105,210 Personen. Die letzte, im J. 1843 vorgenommene, allgemeine Volkszählung gab die Bevölkerung Berlins auf 353,149 Seelen an. Hiervon wurden als in der Stadt, d. h. innerhalb der Ringmauern lebend, 322,625 Personen, und im Weichbilde lebend 30,524 Personen aufgeführt, und den geschlechtlichen Verhältnissen nach der Stand der Bevölkerung zu 183,206 Männern und Knaben und 169,943 Frauen und Mädchen angegeben. An Civilpersonen wurden ferner 333,990 und als Militärpersonen 19,159 Personen angegeben. Hierzu kamen im Jahre 1844: durch den Ueberschuß der Gebornen über die Gestorbenen 3690, durch den Ueberschuß der Eingewanderten über die Ausgewanderten 11,074, zusammen 14,764 Personen. Da die Bevölkerung Berlin's am Schluß des J. 1843 festgestellt war zu 353,149 Personen, so betrug sie am Schlusse des J. 1844 demnach 367,913 Personen. Im J. 1845 kamen hinzu: durch den Ueberschuß der Gebornen über die Gestorbenen 4406, durch den Ueberschuß der Eingewanderten über die Ausgewanderten 12,688, zusammen 17,094 Personen, so daß die Bevölkerung Berlins am Schlusse des Jahres 1845 sich auf 385,007 Personen stellte. Da nun die Listen der drei ersten Viertel des laufenden Jahres einen abermaligen Zuwachs von 13,962 Personen ergeben, so daß die Gesammt-Bevölkerung am 1. Oktober 1846 auf 398,969 Personen anzunehmen war, so dürfte die Einwohnerzahl Berlins heute, am 24. Nov., Viermalhunderttausend bereits überschritten haben.

Hamburg. Neulich Abends fiel in der Vorstadt St. Pauli eine eigenthümliche Scene vor. Ein hiesiger Colporteur hatte in Bezug auf das Verbot der „Neuen Zeitung" dicht vor Altona, aber noch auf Hamburger Gebiete, sich mit einer Anzahl Exemplaren dieser Zeitung aufgestellt und trotz des Dazwischentretens der Altonaischen Polizei nicht wenige davon verkauft — zum großen Ergötzen der Zuschauer. Als endlich das Thor geschlossen wurde, gingen die Exemplare durch das Gitter. Ein von der — Altonaischerseits requirirten — Hamburgischen Polizei versuchtes Einschreiten mißlang vollkommen, da der Colporteur sich auf sein Bürgerrecht berief.

Nach einem Schreiben der „Kölnisch. Ztg." aus Liverpool wiederholen sich dort die traurigen Scenen von Dünkirchen mit Deutschen Auswanderern. Zweiundsiebenzig jener Europamüden aus dem in neuester Zeit durch den Jammer, der seine früheren Insassen verfolgt, gleichsam berühmt gewordenen Großherzogl. Orte Groß-Zimmern waren von Liverpool aus auf dem „Orphan", Capitain Burrow, nach Neuyork eingeschifft. Nach fünfwöchentlicher Reise kehrte der „Orphan" entmastet zurück und Hunger und Elend in der gräßlichsten Gestalt zwangen die Unglücklichen beim Preußischen Consul in Liverpool eine Zuflucht zu suchen. Sie führten dort Klage, daß ihnen in den letzten Tagen, mit Ausnahme einer Kleinigkeit Fleisch, nichts als Schiffsbrod und Wasser verabfolgt sei. Nach der Ankunft im Hafen habe auch dieß aufgehört. Der Consul benachrichtete den in London wohnenden Ueberfahrtsunternehmer Hrn. Temperley von der Lage der Leute, derselbe überließ sie aber ihrem Schicksal und die Armen würden verhungert sein, wenn sich der Liverpooler Magistrat und die Deutschen in Liverpool nicht ihrer angenommen hätten. Die letzteren rüsteten sie aufs neue zur Ueberfahrt aus und besorgten ihre Einschiffung auf dem Schiffe „Sontiac".

Börse von Berlin.
Amtlicher Fonds- und Geld-Cours-Zettel.

Den 24. November 1846.	Zins-Fuss.	Preus. Cour. Brief.	Preus. Cour. Geld.
Staats-Schuldscheine	3½	93	92½
Präm.-Scheine d. Seehdl. à 50 T.	—	90½	—
Kurm. u. Neum. Schuldverschr.	3½	90¼	89¾
Berliner Stadt-Obligationen	3½	92¾	92¼
Westpreussische Pfandbriefe	3½	91	90½
Grossherz. Posensche Pfandbr.	4	101¼	—
dito dito dito	3½	91½	—
Ostpreussische dito	3½	—	93¾
Pommersche dito	3½	93	—
Kur- u. Neumärkische dito	3½	94¼	—
Schlesische dito	3½	96¼	95¾
dito v. Staat. g. Lt. B.	3½	—	—
Friedrichsd'or	—	13 7/12	13 1/12
Andere Goldmünzen à 5 Thlr.	—	12⅛	11⅝
Disconto	—	4	5
Actien.			
Potsd.-Magdeb.	4	82½	—
dto. Oblig. Lit. A.	4	91¾	—
dto. Lit. C.	4	100¼	99¾
Magd. Leipz. Eisenbahn	—	—	—
dto. dto. Prior. Oblig.	4	—	—
Berl. Anh. Eisenbahn	—	109½	—
dto. dto. Prior. Oblig.	4	—	—
Düss. Elb. Eisenbahn	—	106½	—
dto. dto. Prior. Oblig.	4	—	—
Rhein. Eisenbahn	—	84	—
dto. dto. Prior. Oblig.	4	—	—
dto. vom Staat garant.	3½	—	—
Ob.-Schles. Eisenbahn Lt. A.	4	104½	—
do do. Prior.-Obl.	4	—	—
do. do. Lt. B.	—	—	—
Brl.-Stet. E. Lt. A und B.	—	106½	105½
Magdeb-.Halberstädter Eisenb.	4	—	104
Bresl.-Schweid.-Freibg.-Eisenb.	4	—	—
dito. dito. Prior. Oblig	4	—	—
Bonn Kölner Eisenbahn	5	—	—
Niedersch. Mk. v. c.	4	87½	—
do. Priorität	4	93¾	93¼
do. Priorität	5	100¼	99¾
Niederschlesisch-Mrk. Zwgb.	4	58½	57½
do. Priorität	4⅓	90	—
Wilh.-B. (C.-O.)	4		—
Berlin-Hamburger	4	—	91½